

4 2013

news

Foto: Bardewyk/pixelio.de

Das Thema 1

Über die dramatische Situation kommunaler Haushalte am Beispiel der Stadt Offenbach

Landkreise 2

Berichte aus den Landkreisen. Was passiert gewerkschaftlich in deinem Landkreis und wie kannst du mitmachen.

DGB Jugend 4

Infos zu den Aktivitäten der DGB Jugend in der Region.

Pleitestadt Offenbach

„Jetzt hat es auch noch die Kickers erwischt...“

Manch einer in Offenbach durfte sich das gedacht haben, als die Kickers Offenbach beim Amtsgericht Insolvenz angemeldet hatten. Es passt leider in das Bild der Stadt. Auch die Gemeinnützige Offenbacher Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (GOAB) hat es neuerdings getroffen und das Klinikum stand kurz vor der Insolvenz. Die Kommune Offenbach steht am Rande ihrer Handlungsfähigkeit. Nicht zuletzt das Beispiel des Klinikums zeigt wie stark die Stadt bei ihren finanziellen Entscheidungen in Abhängigkeit zum Regierungspräsidium steht, was einen starken Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellt. Eine eigenständige Gestaltung der Stadtpolitik ist an vielen Stellen nicht mehr möglich.

Bäder wurden geschlossen, Projekte gestrichen und kommunale Infrastruktur wird privatisiert. Die Stadt leistet im Rahmen ihrer Möglichkeiten viel, doch der Schuldenstand steigt. Die Pflichtaufgaben werden für eine Stadt wie Offenbach auch nicht we-

niger. Sie muss ihrer Sorgfaltspflicht als Schulträger nachkommen, Betreuungspätze ausbauen und sie muss für die Kosten der Unterkunft (KdU) von Haushalten übernehmen, die auf Hartz IV angewiesen sind. Die Pflichtaufgaben werden nach den Entscheidungen der letzten Jahre im Bund und im Land nicht weniger.

Offenbach kann sich unter dem Zeichen der Haushaltskonsolidierung keinen zehnjährigen Stillstand erlauben und es ist den Menschen auch nicht zumutbar. Zur Wahrheit der Generationengerechtigkeit gehört es auch, dass die junge Generation heute gute Schulen, befahrbare Straßen, einen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr und Freizeitangebote braucht. Um das zu gewährleisten wird sich die Stadtpolitik auf neue Rahmenbedingungen einstellen. Die Entwicklung vom einstigen Industriestandort zum Dienstleistungsstandort, eine Stadt für Kulturschaffende und junge Künstler ist dabei eine Chance für die weitere Entwicklung, ist in vollem Gange. Diesen Prozess kann die Stadt bei ihrer Ansiedlungspolitik nutzen.

Ein Beispiel unter vielen

Aber sie braucht auch Unterstützung. Der Zustand Offenbachs ist nur eines von vielen in der kommunalen Landschaft. Die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs, die ersatzlose Streichung der Stellplatz- und Fehlbelegungsabgabe haben auch Offenbach getroffen. Wenn der Bund und das Land die Kommunen mit immer mehr Pflichtaufgaben ausstatten und im Gegenzug die Streichung von freiwilligen Leistungen einfordern, dann wird das für alle Beteiligten nicht gut ausgehen. Der DGB hat die Schuldenbremse auch vor dem Hintergrund für falsch gehalten, da sie zu einem unnötigen Automatismus führt und Spielräume abschafft. Daher ist es von hoher Bedeutung für den sozialen Frieden in unserem Land, dass Vermögende und Großkonzerne nicht mit Steuerflucht und Trickereien glänzen, sondern sich durch eine gerechte Steuerverteilung an den gesellschaftlichen Aufgaben, eben auch im Sinne der heutigen Generationen, beteiligen. Die Aufgaben vieler Kommunen, auch in Offenbach, werden nicht weniger.

Landkreise

Main-Kinzig

Baustelle Kinderbetreuung

Mit dem Lokalen Bündnis für Familie organisiert fand eine Podiumsdiskussion um die Betreuungssituation für Kleinkinder statt.

Corinna Tertel von HR-Info belegte am Anfang der Veranstaltung, dass die Zahlenspiele der Politik mit den gesetzlich garantierten Betreuungsplätzen für Kinder häufig zu Lasten der Qualität gehen. Wenig Personal, große Gruppen, weite Wege und Öffnungszeiten, die nicht zu den Arbeitszeiten der Eltern passen werden häufig kritisiert. Der Sozialdezernent Hanaus Weiss-Thiel ließ diese Probleme für seine Stadt nicht gelten. Allerdings berichtete eine Erzieherin sehr wohl von Problemen in der Gruppenbetreuung wenn einzelne Kinder, weil z.B. sehr kleine, besonderer Aufmerksamkeit benötigen.

Dem Wunsch der Eltern nach längeren Öffnungszeiten stand das Interesse der Erzieherinnen und Erzieher nach angemessenen Arbeitszeiten gegenüber. Es wurde daher diskutiert, wie man dies vereinbaren kann. Klar ist, von dem Problem der Öffnungszeiten sind vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen, die nicht das Privileg besitzen einen Betriebskindergarten wie bei Umicore zu haben oder sich eine private Kinderbetreuung leisten können.

Gefordert wurde aus der Runde daher mehr Geld für die Betreuung und andere Arbeitszeitmodelle. Damit wurde vor allem die Bundes- und Landespolitik in die Verantwortung genommen für eine bessere Finanz-

ausstattung der Kommunen zu sorgen. Aber auch die Unternehmen wurden daran erinnert durch höhere Steuerabgaben ihren Teil zur Verbesserung der öffentlichen Leistungen zu leisten und gleichzeitig Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen, die im Sinne einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind.

Fulda

Gedenken an Pogrom in Fulda

In Erinnerung an die November-Pogrome gegen die Juden vor 75 Jahren haben sich am Platz der ehemaligen Synagoge, in der heutigen Straße "Am Stockhaus" in Fulda, am Samstagabend den 09.11.2013 zahlreiche Fuldaer zu einer Gedenkveranstaltung eingefunden an diesem sich auch der DGB KV Fulda beteiligte.

Zu der Veranstaltung eingeladen hatten die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und der Magistrat der Stadt Fulda. In seiner Gedenkrede erinnerte Oberbürgermeister Gerhard Möller an die schändlichen Ereignisse von 1938.

In der Zerstörung der jüdischen Gebetshäuser in ganz Deutschland durch die Nazis sah Möller eine wichtige Zäsur, "den Übergang von der Diskriminierung bis zur völligen Vernichtung". Voller Hoffnung habe Anne Frank in ihrem Versteck noch 1944 geschrieben: "Wir werden wieder Menschen sein und nicht nur Juden." Ganz anders, ganz realitätsbezogen habe Mascha Kaleko gedichtet: "Wir werden alt, bevor wir jung gewesen, und unser Leben ist Noch-nicht-sterben."

"Wir dürfen solche Verbrechen nie wieder zulassen, es muss endlich Schluss mit rassistischer Hetz gegen alle Andersdenkenden sein. Intoleranz und Menschenverachtung haben in unserer Gesellschaft keinen Platz", so der DGB Kreisvorsitzende Franz-Georg Brandt.

Fulda ist und bleibt eine weltoffene Stadt!

Offenbach (Stadt und Land)

Veranstaltung zur Ausbildungsplatzsituation in Mühlheim und Offenbach

Am 27. November fand die durch den DGB-Ortsverband Mühlheim organisierte Veranstaltung zur Ausbildungsplatzsituation in Mühlheim und Offenbach statt.

Auf dem Podium diskutierten unter anderen der IHK-Geschäftsführer Rixecker, der Jugendsekretär der IGM Offenbach und Hanau-Fulda, Manuel Schmidt und Vertreter der lokalen Wirtschaft über Fachkräftemangel, ausreichende Ausbildungsplätze und Perspektiven für die Jugendlichen.

Kontrovers wurde insbesondere über die sogenannte Ausbildungsreife gestritten. Während Manuel Schmidt argumentierte, dass grundsätzlich alle Jugendlichen mit einem Schulabschluss ausbildungsreif seien, bestritten dass die Arbeitgebervertreter und verwiesen auf mangelnde soziale Kompetenzen vieler Jugendlicher. Das bedeute für die Ausbilder eine aufwändigere Ausbildung.

Landkreise

Während gerade in Offenbach ca. die Hälfte aller Jugendlichen die sich um eine Ausbildung bewarben ohne einen betrieblichen Ausbildungsplatz blieben, beklagt die Wirtschaft seit geraumer Zeit, dass sie einen Teil ihrer Ausbildungsplätze nicht besetzen kann.

In der Frage der beruflichen Perspektiven für die Jugendlichen ist es das erklärte Ziel der Gewerkschaften die unbefristete Übernahme nach Beendigung der Ausbildung für alle Jugendlichen durchzusetzen. Das stößt bei vielen Arbeitgebern auf Unverständnis und mündet häufig in der Aussage, dass man dann nicht mehr ausbilden werde. Wie sich das mit dem immer geäußerten Fachkräftemangel verträgt, konnten die Arbeitgebervertreter aber nicht erklären.

Schlussendlich wurden in der Veranstaltung die bekannten Positionen ausgetauscht und vereinbart auch zukünftig in regelmäßigen Kontakt zu bleiben um möglichst vielen Jugendlichen eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen.

Wetterau

Landratswahl im Wetteraukreis

Am 19. Januar 2014 findet die Landratswahl im Wetteraukreis statt.

Neben dem Amtsinhaber Joachim Arnold (SPD) treten Thorsten Herrmann (CDU) und Werner Schulz (Die Linke) als Landratskandidaten an.

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) stehen auch bei der Landratswahl die Themen Soziales und Bildung im Vordergrund.

Die Umsetzung der Inklusion im Kreis und die Bereitstellung der dafür benötigten Gelder müssen gewährleistet werden. Ausreichende Spielräume des Kreises für soziale Aufgaben und die Eingliederung von Arbeitssuchenden in reguläre Beschäftigung gehören weiterhin zu den wichtigen Aufgaben des Kreises und dürfen nicht unter Sparzwänge leiden.

Der DGB hofft auf eine hohe Wahlbeteiligung und fordert die Menschen im Wetteraukreis auf, am 19. Januar 2014 wählen zu gehen.

Termine

Main-Kinzig

„Nach den Wahlen: werden die Forderungen der Gewerkschaften umgesetzt?“

DGB Senioren | 23.01.2014 | 14:00 Uhr | DGB Jugendheim | Hanau

„Wohnsituation von Senioren“

DGB Senioren/Kabarett | 13.03.2014 | 14:00 Uhr | DGB Jugendheim | Hanau

Offenbach

„Starke Gewerkschaften für ein soziales Europa“

Neujahrsempfang DGB Mühlheim | 15.01.2014 | 19:00 Uhr | Mühlheimer Wirtshaus | Mühlheim

Wetterau

„Die Wetterau nach der Landratswahl“

Neujahrsempfang DGB Wetterau | 13.03.2014 | 18:30 Uhr | Bürgerhaus | Wölfersheim-Melbach

Fulda

Gesprächsreihe Kirche & Gewerkschaft: „Wenn Arbeit psychisch krank macht“

Teil 2: „Gute Arbeit – gesunde Arbeit“ | 04.02.2014 | 17:00 Uhr | Bonifatius Haus | Fulda

Teil 3: „Der Mensch und die Arbeit“ | 19.03.2014 | 17:00 Uhr | Bonifatius Haus | Fulda

„Politischer Aschermittwoch“ mit Rudolf Dressel

05.03.2014 | 18:00 Uhr | Bonifatius Haus „Scheune“ | Fulda

Jugend

DGB Jugend

Nur jeder zweite Jugendliche kann nach seinem Schulabschluss sofort eine betriebliche Ausbildung beginnen

Die DGB-Jugend Hessen hat den vierten hessenweiten Ausbildungsreport veröffentlicht und auch in diesem Jahr wieder die Qualität der Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden bewertet.

Dazu wurden über 2500 Auszubildende aus den am stärksten frequentierten Ausbildungsberufen schriftlich befragt. Die befragten Auszubildenden kamen aus allen Ausbildungsjahren und aus Betrieben unterschiedlicher Größe.

Auch wenn der überwiegende Teil der Jugendlichen angibt, insgesamt zufrieden mit der Ausbildung zu sein, darf dies nicht über weiterhin bestehende gravierende Mängel hinwegtäuschen. Regelmäßige Überstunden, Unkenntnis über vorgeschriebene Ausbildungsinhalte, mangelnde bis fehlende Betreuung durch den Ausbilder sind für viele Auszubildende immer noch Alltag.

Hier zeigen die Ergebnisse des Reports auch, dass sich trotz der zunehmenden Klagen über fehlende Fachkräfte die Qualität der Ausbildung insgesamt nicht verbessert hat und bestehende Probleme nicht angegangen werden.

In diesem Jahr lag ein Schwerpunkt der Befragung auf dem Thema „Zugang in Ausbildung“. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass nur jedeR zweite Befragte direkt nach der Schule in eine Ausbildung einmündet. Neben

dem Wunsch weiter zur Schule zu gehen gab ein knappes Drittel an, keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden zu haben. Bemerkenswert ist das vor allem, weil rund 75 Prozent dieser jungen Leute bereits über eine mittlere Reife verfügen. Der Besuch in einer Vorbereitungsmaßnahme wurde dann auch nur von jedem Zweiten als wirklich hilfreich bewertet.

Als Konsequenz aus den Ergebnissen des Ausbildungsreports 2013 fordert die DGB-Jugend:

➤ gesetzliche Ausbildungsgarantie für alle Ausbildungsinteressierten

- gute Ausbildungsqualität und keine verkürzte Schmalspurausbildung
- engagiertes Vorgehen bei Verstößen gegen gesetzliche Regelungen und Verordnungen von den Kammern
- Erhalt und Verbesserung des Jugendarbeitsschutzgesetzes
- reformiertes Übergangssystem, das transparent für alle und konkret an die betriebliche Realität angebunden ist
- unbefristete Übernahme

Exemplare des Ausbildungsreports Hessen 2013 können über das DGB-Jugendbüro in Hanau bestellt werden.

DANKE!

Zum Jahresabschluss möchten wir uns bei Euch ganz herzlich für Euren Einsatz bedanken!

Wir haben ein arbeitsreiches Jahr hinter uns, in dem sich vieles um die Wahlen zum Bundestag und den Landtag in Hessen gedreht hat. Dabei waren wir mit unseren politischen Forderungen nicht nur in den Medien vorne mit dabei.

Wir haben uns mit unseren Forderungen frühzeitig in die Diskussion eingeschaltet und über den gesamten Sommer hinweg Präsenz gezeigt. Die NOA-Aktionstage waren ein voller Erfolg und unsere Aktionen sowie Podiumsdiskussionen waren gut besucht. Auch der 7. September war eine gute Aktion, auch wenn es schön gewesen wäre, noch mehr Kolleginnen und Kollegen dabei zu haben.

Nun liegt im Bund der Koalitionsvertrag von SPD und CDU vor und was CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Hessen vereinbaren, werden wir wohl bald wissen. Wir haben die Parteien jedoch jetzt schon davor gewarnt, den Haushalt auf Kosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, der Kommunen und der Schülerinnen und Schüler zu sanieren.

2014 hält neue Ereignisse und Herausforderungen für uns bereit. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wählen ihre Betriebsräte neu. Den DGB-Bezirk erwartet die Konferenz in Bad Hersfeld. Im Mai steht dann der Bundeskongress an und in Europa wird ein neues Europaparlament gewählt. Zu den Planungen des DGB-Bundesvorstandes und des Bezirkes erhaltet Ihr frühzeitig Infos und Material.

Nun heißt es aber erst mal, durchschnaufen und erholen. Wir wünschen Euch einen geruhsamen Jahresausklang, schöne Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!